

Waldenburger Zeitung

(Waldenburger Fernsprecher 3)



Wochenblatt (Fernsprecher 3)

Publikationsorgan
der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von
Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg.
Postcheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Ortsgirokasse
der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels u. Gewerbe-
bank, Bankhaus Eichhorn & Co., Commerziale und Bank.

Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen.
Bezugspreis vierteljährlich 6,20, monatlich 2,10 M. frei Haus.
Preis der einzelpflichtigen Petitionen für Insolventen aus Stadt
und Kreis Waldenburg 40 Pf., von auswärts 45 Pf.,
Bermittlungen, Stellengejüch 30 Pf., Anklageteil 1,50 M.

Einzelheiten aus der Kapp-Episode.

Mit welchem geradezu sträflichen Leichtsinn — um kein schärferes Wort zu gebrauchen — Herr Kapp in den Putsch eingetreten ist, wird jetzt erst klar, wo allmählich nähere Einzelheiten aus Berlin gemeldet werden. So fehlte es ihm am Allerndigsten zum Kriegsführer: am Gelde. Bei seinem Einzug ins Reichskanzlerpalais verlangte er von oben herab vom dienstuenden Unterstaatssekretär im Reichsministerium, ihm zehn Millionen auszuhändigen, und als er hier auf Widerstand stieß, wollte er mittels Panzerautos eine Zwangsanleihe in der Reichsbank machen. Kommandeur Erhardt von der Marinebrigade, den er mit dieser Aufgabe betrauen wollte, lehnte kantisch ab mit der Motivierung, er sei kein Räuber und Mörder.

Auf diese Abseitigung hin — es war am Montag — wollte Kapp die Flinte ins Korn werfen, aber General Ludendorff, die treibende Kraft, wenn er sich auch im Hintergrunde hielt, richtete ihn wieder auf. Als er dann weiter den Boden unter seinen Füßen wanken fühlte, versuchte er es mit Verhandlungen durch Hintermänner. Herr Schiffer, der von der Reichsregierung den Auszug nach Stuttgart nicht mitgemacht hatte, sondern in Berlin geblieben war, lehnte jede Unterhandlung ab und bestand auf bedingungsloser Unterwerfung. Herr v. Falkenhhausen war der erste, der sich von Kapp und Lüttwitz trennte und schließlich zu Schiffer ging. Dazwischen waren herztragende Industrielle, unter ihnen Herr v. Borsig, beim Obersten Bauer erschienen, um ihm die Auswirkung des Putschs klar zu machen, und auch Herr Stresemann, der sich anfangs für Kapp erklart hatte, zuckte zurück und suchte zu vermitteln. Herr v. Lüttwitz wollte noch immer nicht glauben, daß er abgewirtschaftet habe, bis die Generäle des Reichswehrministeriums ihm die Augen wiesen.

Pariser Blätter melden, daß Kapp, v. Lüttwitz und v. Jagow ins Ausland geflüchtet seien.

Ludendorffs Beteiligung.

Berlin, 22. März. Gegen den General Ludendorff ist, wie die P. P. R. erzählen, wegen seiner Beteiligung an dem Kapp-Lüttwitz-Putsch ein Haftbefehl erlassen worden.

Die halbstarrigen Erhardt-Truppen.

Berlin, 22. März. Die Haupturheber des Putsches vom 13. März, die Truppen der Marinebrigade Erhardt, verlassen aus ihrem Panzerauto Proklamationen in Berlin aus, in denen ausdrückt wird, daß die Marinebrigade erst nach Besiegung absoluter Amnestie für General Lüttwitz und Kapp endgültig verlassen werde. General Lüttwitz und Kapp hätten nichts anderes getan, als Evert und Scheidemann im November 1918. Evert und Scheidemann sei der sogenannte Hochverrat geblüft, dem General Lüttwitz sei er misslungen. Wenn jene Herren durch ihre Tat heute die Herren des Reiches seien, so dürften auch die Urheber des Putsches vom 13. März nicht bestraft werden. Für dieses Ultimatum trete die 16 000 Mann starke Marinebrigade mit den letzten Waffen und dem letzten Mann ein. Bis dahin lehne die Truppe die Entwaffnung ab.

Amtsenthebungen reaktionärer Beamten.

Berlin, 22. März. Die preußische Staatsregierung teilt mit: Gegen den Oberpräsidenten Winnig, den Regierungspräsidenten v. Braun, den Oberpräsidialrat v. Hassel und den Landeshauptmann v. Brünnick in Königsberg, sowie gegen den Geh. Regierungsrat im Ministerium des Innern, Doyle, ferner gegen den Regierungspräsidenten Pauli in Schleswig ist das Disziplinarverfahren unter sofortiger Enthebung von ihren Amtstümern angeordnet worden.

Der Rücktritt des Reichswehrministers.

Berlin, 22. März. Die Sitzung des Reichskabinetts dauerte gegen 7 Uhr abends noch an. Es ist aber bereits bekannt, daß das Kabinett sich mit dem Ausscheiden Noskes einverstanden erklärt hat. Darüber, was mit dem Reichsfinanzministerium des Herrn Erzberger geschehen soll, ist noch nichts bekannt. Wohl aber ist bekannt, daß Herr Erzberger selbst sich gegenwärtig in seiner schwäbischen Heimat aufhält.

Berlin, 22. März. (WTB. Amtlich.) Das Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Noske ist heute vom Reichspräsidenten genehmigt worden.

Sitzung des preußischen Kabinetts.

Berlin, 22. März. Wie wir erfahren, stand heute vormittag eine Sitzung des preußischen Kabinetts statt.

Zusammentreffen des Vorstandes der demokratischen Partei.

Berlin, 22. März. Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei wird so rasch als die Verkehrsverhältnisse es gestatten vollzählig zusammengetreten, zu den politischen Vorkommnissen abschließend Stellung nehmen und dem sofort einzuberuhenden Parteianschluß Bericht erstatten.

Verhandlungen der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler.

Berlin, 22. März. Auf Ersuchen des Zentralvorstandes der U. S. P. D. traten heute vormittag der Zentralvorstand der S. P. D., der U. S. P. D. und der Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes zu erneuten Beratungen über die Beendigung des Generalstreiks und zu Beratungen über die gegenwärtige Lage zusammen. Seitens der Unabhängigen wurde der Standpunkt vertreten, daß jetzt die Zeit zur allgemeinen Entwaffnung des Militärs, zur Bewaffnung der Arbeiter und zur Bildung einer reinen Arbeiterregierung gekommen sei. Die Mehrheitssozialisten hielten demgegenüber an den vereinbarten neun Punkten fest, die zunächst ausgeführt werden müssten. Den Zugeständnissen der Regierung und der bürgerlichen Parteien stünde die Pflicht zur Aufhebung des Generalstreiks gegenüber. Eine reine Arbeiterregierung sei auch das Ideal der Mehrheitssozialdemokraten, aber sie könne erst nach den Neuwahlen auf Grund einer sozialdemokratischen Mehrheit gebildet werden. Gegenwärtig säme sie entweder in Frage mit Zu-

stimmung der bürgerlichen Parteien oder als Diktatur. Im letzteren Falle könnten die Mehrheitssozialdemokraten sie nicht mitmachen. Es wurde dann eine Kommission zum Reichskanzler Bauer entbandt. Gegenstand der Besprechungen mit dem Kanzler sollen die folgenden Punkte sein:

Zurückziehung der Truppen von den Straßen mit Ausnahme des Regierungsviertels, Aufruf an die Arbeiter, sich zur Einstellung in die Sicherheitswehr zu melden, nach Aufführung der sozialdemokratischen Fraktionen Beratungen im interparteilichen Ausschuss über die Bildung einer Arbeiterregierung unter Zustimmung der bürgerlichen Parteien.

Die Verhandlungen, die sich bis in die späten Abendstunden hineingezogen, sollen weitergeführt werden.

Neuwahlen Ende Mai.

Berlin, 23. März. Die Nationalversammlung wird nun bestimmt am morgigen Mittwoch in Berlin zusammengetreten. — Die Neuwahlen für die Nationalversammlung sind nunmehr auf Ende Mai und die erste Juniwoche festgesetzt worden.

Das amerikanische Darlehen vor dem Abschluß.

Rotterdam, 23. März. Reuter meldet aus New York: Im Senatsausschuss wurde bekanntgegeben, daß die Verhandlungen über ein Milliarden-Darlehen an Deutschland vor dem Abschluß ständen.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 22. März. Der Stadt-, Ring- und Vorortverkehr sind wieder aufgenommen. Die Post arbeitet. Die Warenhäuser und Geschäfte sind geöffnet. Mittlere und kleinere Fabriken arbeiten ebenfalls, soweit sie Strom haben. Die Hoch- und Straßenbahnen fahren noch nicht. Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Funktionären der drei Linksparteien haben zu keiner Einigung geführt. Heute nachmittag sind etwa 12 Versammlungen der Fabrik- und Handwerksbetriebe abgeräumt, wo die gestern gewählten revolutionären Betriebsräte darüber entschieden sollen, ob gearbeitet werden soll oder nicht.

Berlin, 22. März. Der am Sonnabend verhängte verschärzte Ausnahmestand ist vom Kabinett am Montag nachmittag wieder aufgehoben worden. In den Berliner Eisenbahnwerkstätten fanden Versammlungen statt. Alle bis auf eine Werkstatt beschlossen sofortige Aufnahme der Arbeit. Nachmittags wurde bereits gearbeitet.

Räterepublik Neukölln?

Berlin, 22. März. In Neukölln hat sich heute eine ernste rege Werbetätigkeit zur Ausrufung der Räterepublik bemerkbar gemacht. An den Anschlagsäulen, die über und über mit roten Zetteln besetzt waren, sowie an Laternenpfählen und Häusern wird die proletarische Bevölkerung aufgefordert zur Bildung einer roten Armee, für die Werbezentralen eingerichtet sind. Andere Zettel sor-

ber zum Anschluß an Sonderland und zur Einführung der Rätediktatur auf, wieder andere tragen Inschriften, wie „Nieder mit den Offizieren“ usw. Ferner wird in Anschlägen, die von der R. P. D. unterzeichnet sind, den Mitgliedern der U. S. P. D. unter der Angabe, sie schielten nach Ministerseßeln, Schlappheit in ihrer Haltung vorgeworfen.

Berlin, 23. März. In Adlerhof kam es am Sonntag zu schweren Kämpfen zwischen bewaffneten Kommunisten und Reichswehrtruppen, bei denen es Tote und Verwundete gab. Nördlich Spandau, bei dem Dorf Henningsdorf kam es ebenfalls zu heftigen Kämpfen zwischen bewaffneten Spartakisten und Truppen. Die Spartakisten mußten das Dorf unter Zurücklassung von 14 Toten und zahlreichen Verwundeten räumen. Die Reichswehrtruppen hatten 2 Tote und 12 Verwundete zu verzeichnen.

Die Lage im Reiche.

Magdeburg, 22. März. Die Arbeit ist heute wieder aufgenommen worden. Der Straßenbahn- und Eisenbahnverkehr ist im geregelten Betriebe.

Dresden, 22. März. Ein heftiger Spartakistenangriff auf das Rathaus wurde gestern von der Besatzung abgewiesen. Der von Spartakisten besetzte Bahnhof ist von den Truppen nach schwerem Kampf wieder genommen worden. Beide Teile hatten schwere Verluste.

Dresden, 22. März. Bahnamäßig wird mitgeteilt: Der Zugverkehr in Sachsen ist nunmehr in vollem Umfang wieder aufgenommen. Seit Montag verkehren auch die Züge nach und von Leipzig wieder fahrplanmäßig. Zwischen Dresden und Berlin verkehren seit Sonnabend ebenfalls alle Züge. Die im Zugverkehr mit Breslau eingetretenen Störungen sind gleichfalls behoben.

Leipzig, 22. März. Es herrscht wieder Ruhe. Die Truppen sind Herr der Lage. Der Generalstreik ist beendet. Der Postbetrieb soll heute wieder aufgenommen werden. Der bei den Kämpfen angerichtete Schaden ist sehr groß. — In Thüringen ist die Lage noch ungeläufig. Nach hier vorliegenden Meldungen soll die Stadt Schulpforta eingeschlossen sein.

Halle, 22. März. Der Galgenberg ist durch Artillerie zusammengekommen, desgleichen ist der Flugplatz, der in den Händen der Arbeiter war, durch Artillerie gesäubert worden. Der Markt und die umliegenden Straßen, sowie die Vororte Glauca, Böllberg und Gänitz werden von den Arbeitern gehalten. Die Arbeiter beschossen von Böllberg aus mit Artillerie das Waisenhaus. Die Krankenhäuser sind mit Verwundeten überfüllt. In Aumendorf sind viele Häuser zusammengekommen. Die Arbeiterschaft unternahm gestern einen Sturm auf den Schlachthof und auf den Bahnhof, der jedoch abgeschlagen wurde. Die Stadt Halle ist von der Außenwelt abgeschnitten und auch zu Fuß nicht mehr zu erreichen.

Plauen i. B., 22. März. Heute nacht drangen bewaffnete Barden mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Handgranaten in das Landgericht ein und verlangten die Herausgabe der bei dem Falken-

steiner Bush vom 24. und 27. April 1919 beteiligten, sowie die Herausgabe der Akten. der Staatsanwalt, der die Herausgabe verweigerte, wurde mit den bestreiten Gefangenen auf einem Auto fortgeschleppt.

Essen, 22. März. Die Lage im Industriegebiet ist „ruhig“, nachdem die großen Städte, wie Dortmund, Duisburg, Mülheim, Essen von der revolutionären Arbeiterschaft in Besitz genommen sind.

Niels, 23. März. Admiral v. Reichenow und zwei Marineoffiziere wurden gestern abend wegen Hochverrats verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert.

Die Lage in Schlesien. Bevölkerung und Truppe.

Breslau, 22. März. Der Kommandierende General, Generalleutnant Léquis, erläßt folgenden Aufruf an die Truppen der Befehlslsstelle des 6. A.-R.:

Auf Befehl des Reichspräsidenten bin ich mit der Führung der Befehlslsstelle des 6. A.-R. beauftragt. Generalleutnant Graf v. Schmettow hat am gestrigen Tage die Dienstgeschäfte an mich abgegeben.

Ich begrüße bei meinem Dienstantritt die mir unterstehenden Truppen und spreche ihnen meine volle Anerkennung aus für die Pflichttreue, die sie, felsenfest hinter ihren Führern stehend, in der letzten schweren Zeit bewiesen haben. Ich habe in meinem bisherigen Befehlslbereich stets darauf gehalten, offen und freimütig meinen Untergebenen — als Männern echten Pflichtgefühls und treuen, aus freier Überzeugung heraus geborenen Gehorsams — meine Auffassung kund zu tun. Daraus gehe ich heute an den Ereignissen der letzten Tage nicht vorbei.

Die Reichswehr kennt keine Politik, sie lebt nur der Pflicht und dem Gehorsam. Hieraus ergab sich von selbst ihr Verhalten während des Umsturzes, solange von der alten verfassungsmäßigen Regierung keine Weisungen eintraten. Eidgemäß war die Truppe an die Befehle ihrer Führer gebunden und diese wiederum an die Weisungen der höheren und höchsten Dienststellen. Letztere allein tragen die Verantwortung.

Das Verhalten der Truppen

und ihrer Führer, die pflicht- und eidgemäß die erhaltenen Befehle befolgt haben, ist schuldsfrei und von jeder Verantwortung unberührt. Ich trete hierfür voll und ganz mit meiner Person ein. Selbstverständlich nehme ich Verbrechen aus, die von einzelnen etwa begangen sind und gerichtliche Untersuchung und im Schuldsfalle gerechte Sühne erfordern.

Unser Vaterland durchbrausen von neuem schwere Stürme. Das friedliche Volksleben im Reich ist aus schwerste bedroht. Mehr denn je hat die Reichswehr jetzt die Aufgabe und heilige Pflicht, die Verfassung und die Autorität der verfassungsgemäß bestehenden Staatsregierung zu sichern und das Volksleben zu schützen.

Die Ereignisse der letzten Zeit haben es beiderlicherweise mit sich gebracht, daß vielerorts das gute Einvernehmen zwischen Bevölkerung und Truppe zum Teil ernstliche Erbitterung erfahren hat. Das muß, so weit es in unserer Macht liegt, so schnell wie möglich abgestellt werden. Ein jeder von uns muß juchen

einen Strich unter die letzte Vergangenheit

zu machen. Kein Rückblick, sondern hoffnungsvolle Blicke in die Zukunft, wenn sie uns auch noch so dunkel zurzeit erscheint. Dann werden muster-gültiges Verhalten und stete Hilfsbereitschaft der Reichswehr das alte Band gegenseitiger Achtung und unbedingten Vertrauens zwischen ihr und der Bevölkerung auch bald und sicher wiederherstellen. Ich erwarte, daß zur Ausführung dieses Befehls ein jeder Angehörige meines Befehlslbereichs sein Bestes hergibt.

Einheitlichkeit zwischen Truppe und allen Schichten der Bevölkerung ist unumgänglich notwendig, um das Vaterland vor den drohenden Gefahren zu schützen, ihm Ruhe und Ordnung wiederzugeben und damit das Wiederauflieben unseres Wirtschaftslebens zu ermöglichen. Wo die Bevölkerung uns hierbei mit verfassungsmäßigen Mitteln entlastet und Ruhe und Ordnung aufrechterhält, kann es nur dankbar begrüßt werden, denn die erste Aufgabe der Reichswehr ist jetzt

der Kampf gegen den drohenden Bolschewismus, dessen jederzeit mögliches Auftreten geschlossenes Vereiteln in Reserve verlangt.

Wie ich es in meinen bisherigen Dienststellen gehalten habe, so steht mir auch in meiner jetzigen Stellung das Wohl der Truppe und die Vertretung ihrer Interessen, wie der jedes einzelnen oben an. Ich bitte die mir unterstehenden Führer und Mannschaften, mit unbedingtem, rücksichtlosem Vertrauen an mich heranzutreten und in mir neben dem höchsten Vorgesetzten den ältesten Kameraden zu erblicken, der für jedermann jederzeit zu haben ist und hilft, wo er nur kann, denn es vornehmste Pflicht ist, für seine Untergebenen mit seiner Person einzutreten. Dafür verlange ich von ihnen unbedingten Gehorsam und strengste Pflichttreue.

Steckbrief gegen einen konservativen Hochverräter.

Breslau, 22. März. Der Erste Staatsanwalt erläßt einen Steckbrief gegen den Mittergutsbesitzer Kurt von Kessel in Ober-Glauchau, Sr. Trebnitz, wegen Hochverrats. (Kessel hatte bekanntlich in vorher Woche selbstherlich die Geschäfte des Oberpräsidenten in Breslau übernommen und steckte mit dem Militärdiktator Graf Schmettow unter einer Decke. Die Red.)

Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben
(Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich
für die Schriftleitung: B. Münn, für Nellame und
Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Ausgabe von Speisefett

für die Woche vom 22. März bis 28. März 1920:

Auf rote Karten Abschnitt T

100 Gramm Kunstspeisefett zum Preise von 220 Pf.,
50 Gramm Margarine zum Preise von 88 Pf.,
aus gelbe Margarine Abschnitt T
50 Gramm Margarine zum Preise von 88 Pf.,
aus weiße Bezugsscheine
50 Gramm Margarine zum Preise von 88 Pf.,
aus blaue Krankenkarten Abschnitt T
50 Gramm Butter zum Preise von 110 Pf.

Bücher darf nur in den besonders veröffentlichten Verkaufsstellen entnommen werden.

Für evtl. fehlendes Kunstspeisefett auf rote Karten kann Margarine verabfolgt werden.

Waldenburg, den 23. März 1920.

Der komm. Landrat.

Erdarbeiten.

Die Erdarbeiten für den Neubau eines zweiten Pumpwerkes in Wernerstorff, Kreis Böhlen, sollen vergeben werden. Angebote sind bis Donnerstag den 8. April 1920, vor-mittags 10 Uhr, im Zimmer 25, Städtisches Bau- und Wohnungsamt, Amtsgerichtsgebäude Waldenburg, einzureichen, woselbst auch die erforderlichen Zeichnungen und allgemeinen Submissionsbedingungen zur Einsicht ausliegen.

Angebotsmuster sind gegen Entstättung der Schreibgebühren, 1,50 M. pro Angebot, im Zimmer Nr. 16 zu erhalten.

Waldenburg, den 20. März 1920.

Städtisches Bau- und Wohnungsamt.

Dittersbach.

Die Herren Hausherrn oder ihre Stellvertreter werden ersucht, die neuen Fleischkarten, sowie die Seifenkarten Mittwoch den 24. März 1920, vorm. von 9—1 Uhr, im Einwohner-Meldamt, Zimmer 4, abzuholen.

Die Ausgabe der Milchkarten für Monat April 1920 erfolgt für die Personen mit dem Anfangsbuchstaben

A—H Montag den 29. d. Mts., vorm. von 8—1 Uhr,
I—R Dienstag den 30. d. Mts., vorm. von 8—1 Uhr,
S—Z Mittwoch den 31. d. Mts., vorm. von 8—1 Uhr,

in Zimmer 4 (Einwohnermeldeamt).

Als Ausweis sind die Abschnitte der Milchkarten vom Monat März, sowie das Familienstammbuch oder sonstiger Altersausweis vorzulegen.

Die Ausgabe der Milchkarten für Kranke, welche ein ärztliches Attest vorweisen, erfolgt für die Personen mit dem Anfangsbuchstaben

A—H Montag den 29. d. Mts., nachm. von 8—6 Uhr,
I—R Dienstag den 30. d. Mts., nachm. von 8—6 Uhr,
S—Z Mittwoch den 31. d. Mts., nachm. von 8—6 Uhr,
in Zimmer 4.

Schwangere Frauen erhalten ihre Milchkarte Montag den 29. d. Mts., nachm. von 4—6 Uhr, in der Schwanglingsfürsorge-stelle (Turnhalle).

Um pünktliche Einhaltung der oben angegebenen Zeiten wird ersucht.

Dittersbach, 22. 3. 20.

Der Gemeindevorsteher.

Neuhendorf.

Anträge auf Wahl- und Schrotkarten für Selbstversorger werden Mittwoch den 24. März 1920, vormittags von 8—9 Uhr, im Gemeindebüro entgegengenommen.

Neuhendorf, 18. 3. 20.

Der Gemeindevorsteher.